

## **Europawahl 2014, Engagementpolitik und Zivilgesellschaft**

### **Ehrenamtlich aus der Krise? Beobachtungen in Griechenland und Deutschland**

Im Februar 2014 habe ich die griechische Hauptstadt Athen besucht. Wegen der Spar-Maßnahmen zur Bankenrettung ist das öffentliche Gesundheitssystem Griechenlands kollabiert. Was die griechische Gesellschaft in der Krise zusammenhält, ist das unermessliche gesellschaftliche Engagement, welches die Menschen in diesen Tagen zeigen. Es werden nicht nur Essensausgaben, vielfältige Nachbarschaftshilfen oder juristische Unterstützung gegen Zwangsräumungen selbst organisiert. Auch die medizinische Infrastruktur wird inzwischen großen Teils ehrenamtlich aufrechterhalten. Ich habe in einem von der Regierung geschlossenen Gesundheitszentrum mit ÄrztInnen und HelferInnen gesprochen. Sie arbeiten dort ohne Bezahlung weiter. Das Zentrum ist für einen Einzugsbereich von 100.000 Menschen zuständig. Medizinisches Material kommt jetzt aus Geld und Sachspenden von BürgerInnen aus ganz Europa. Wo die Politik der EU und der griechischen Regierung versagt hat, zeigen die Menschen mit ihrem direkten Engagement, was echte Solidarität ist. Gleichzeitig verdeutlicht dieser Zustand eine beunruhigende Entwicklung. Kernaufgaben des Staates, wie die Garantie eines menschenwürdigen Existenzminimums und einer angemessenen Gesundheitsversorgung, werden dem freiwilligen Engagement der BürgerInnen überlassen. In der Bundesrepublik Deutschland hat die Tafel-Bewegung, die Menschen in Not mit Lebensmitteln versorgt, ein rasantes Wachstum zu verzeichnen. Die Leistungen, welche hier ehrenamtlich erbracht werden, können gar nicht hoch genug gelobt werden. Leider ist der Erfolg der Tafeln nur deshalb so groß, weil für viele Menschen ein menschenwürdiges Leben auf Grundlage des bestehenden sozialen Sicherungsniveaus nicht mehr möglich ist. Als Europaabgeordnete der LINKEN setze ich mich vehement dafür ein, dass in Zukunft soziale Grundrechte

wieder staatlich garantiert werden. Ich wünsche mir ein ehrenamtliches Engagement, welches die Kräfte auf andere Bereiche des solidarischen Zusammenlebens richten kann, weil die soziale Grundversorgung gewährleistet ist.

### **Elitenprojekt oder *res publica*? Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die EU**

Demokratie ist ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht denkbar. Es ist eines der Kennzeichen offener, demokratischer Gesellschaften, BürgerInnen in vielfältigster Art selbstorganisiert und solidarisch in Aktion zu sehen. Wie das Beispiel der Krise in Griechenland zeigt, macht das Engagement nicht an den nationalen Grenzen halt. Die grenzüberschreitende Zivilgesellschaft ist auch ein Gradmesser dafür, wie es um die Entwicklung der Demokratie in der EU bestellt ist. Diese Form der EU-Integration ist für DIE LINKE in der Bundesrepublik und die Europäische Linke von ganz besonderer Bedeutung. Wenn die EU von einem Elitenprojekt zur *res publica* werden soll, muss ein vielfältig ausgestaltetes zivilgesellschaftliches Engagement der Ausgangspunkt dafür sein. Es ist unsere Aufgabe als Abgeordnete des Europäischen Parlaments, diese gesellschaftlichen Impulse aufzugreifen und als Politik der Teilhabe, des Austauschs und der Transparenz umzusetzen.

Zivilgesellschaftliches Engagement kann die unterschiedlichsten Formen annehmen. Ein Teil ist traditionell gut organisiert, vor allem in den nordwestlichen Mitgliedsländern der EU. Die ehrenamtliche Arbeit in Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, dem Technischen Hilfswerk, Sportvereinen, freiwilligen Feuerwehren oder Umweltverbänden ist zur wichtigen Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens geworden. Aber es gibt auch neue Formen des Engagements. Viele Menschen sind nicht mehr Mitglied in einem Verein oder einer Partei. Dennoch bringen sie sich engagiert in die Zivilgesellschaft ein. Nicht nur die Grenzen der Nationalstaaten werden dabei immer häufiger überschritten, sondern auch die Grenzen der EU. Auch Proteste gegen die vorherrschende EU-Politik gehören dazu. Hier spielen die vielen Möglichkeiten der Vernetzung und des Austausches über das Internet eine wichtige Rolle. Zum Beispiel haben Menschen aus ganz Europa wiederholt die Nazi-Aufmärsche zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens während des Zweiten Weltkriegs blockiert. Anti-rassistische Initiativen aus

Griechenland beraten sich heute mit PartnerInnen aus Thüringen und Sachsen darüber, wie dem Erstarken der Neo-Nazis im öffentlichen Raum entgegen getreten werden kann. In Frankfurt kommen in der Woche vor der Europawahl im Mai wieder junge Menschen zusammen, um als „Blockupy“-Bündnis unter dem Motto „Grenzenlos solidarisch – für eine Demokratie von unten!“ zu protestieren, zu diskutieren und neue Wege des europäischen Zusammenlebens vorzuschlagen. In der ganzen EU haben über eine Millionen Menschen die Bürgerinitiative "Right2Water" gegen die Privatisierung der Wasserversorgung unterschrieben. Es handelt sich um die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative (EBI) seit ihrer Einführung durch den Vertrag von Lissabon. Der grenzüberschreitende Generalstreik in Spanien und Portugal im November 2012, begleitet von Solidaritätsaktionen in ganz Europa, war ein Signal dafür, dass die Beschäftigten in den Krisenländern bereit sind, gemeinsam für eine soziale EU einzustehen. Und die EU-weiten Proteste des Jahres 2012 gegen das Anti-Produktpiraterie-Abkommen ACTA haben am Ende tatsächlich Erfolg gehabt – die EU-Kommission hat ihren Richtlinien-Vorschlag zurückgezogen. All diese Beispiele zeigen, dass sich die europäische Zivilgesellschaft weiterentwickelt. Dazu kommen Initiativen auf nationaler Ebene, die wichtige Auswirkungen auf die Demokratie in der EU haben. Die erfolgreiche Klage von Mehr Demokratie e.V. und anderen gegen die Drei-Prozent-Hürde bei den EU-Wahlen führt dazu, dass nicht mehr – wie zuletzt bei der Bundestagswahl – Millionen Stimmen der WählerInnen unter den Tisch fallen. Bürgerliches Engagement geht natürlich auch über die Grenzen der EU hinaus. Beim Weltsozialforum 2013 in Tunis habe ich mit jungen Aktivisten aus Tunesien gesprochen. Nach dem Ende der Diktatur suchen sie Partner aus der EU, um parteiübergreifend demokratisches Grundwissen in der Zivilgesellschaft zu verankern. In Syrien versucht das Projekt "*Adopt a Revolution*" mit europäischer Hilfe die letzten Bastionen der demokratisch gesinnten Zivilgesellschaft zu retten, die im Bürgerkrieg zwischen Assads Militär auf der einen und den Islamisten auf der anderen Seite aufgerieben werden. Und wichtig ist der öffentliche Druck den die vielen Initiativen erzeugen, die sich EU-weit für eine menschliche Asylpolitik einsetzen. Nur mit dem öffentlichen Druck dieser Initiativen wird es uns möglich sein, die Einwanderungs- und Asyl-Politik in der EU zu humanisieren und den tausendfachen Tod an den EU-Außengrenzen zu beenden.

## **Zeit für Solidarität! LINKE Forderungen zur Europawahl 2014**

Die Politik auf nationaler und auf europäischer Ebene hat verschiedene Möglichkeiten, zivilgesellschaftliches Engagement zu unterstützen. Die Tätigkeit in einem Ehrenamt trägt nicht nur zum gesellschaftlichen Zusammenleben bei, sondern hilft auch dem oder der Aktiven, die eigenen Fähigkeiten und die eigene Persönlichkeit weiter zu entwickeln. Dafür braucht es neben dem Mut und der Bereitschaft, aktiv zu werden, vor allem Zeit. DIE LINKE setzt sich deshalb für ein neues Beschäftigungsleitbild für die EU ein: *Gute Arbeit*. Sie sollte unbefristet und armutsfest sein und ein eigenständiges Leben ermöglichen. Gute Arbeit lässt Raum für volle gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Kultur, Muße – und ehrenamtliches Engagement für jede und jeden. Jugendfreiwilligendienste, um jungen Menschen Erfahrungen im Ausland zu ermöglichen, sollten stärker unterstützt werden und junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten gezielt ansprechen. Die Förderung europaweiter Programme für Fanprojekte, Projekte gegen Rassismus, Initiativen gegen Diskriminierung im Sport sowie kulturelle Projekte für Vielfalt und Toleranz sollten ausgebaut werden. Zivilgesellschaftliches Engagement muss dabei grundsätzlich vor Missbrauch bewahrt werden, etwa als Lückenbüßer für Sozialabbau oder für den Ausbau des Niedriglohnsektors.

Wir setzen uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass sich Gewerkschaften, Sozialverbände, gesellschaftliche Initiativen und soziale Bewegungen europaweit organisieren können. Die EU-Politik sollte diese Entwicklung noch stärker fördern und nicht behindern.

Die direkte Teilhabe der BürgerInnen an der europäischen Gesetzgebung sollte insgesamt verbessert werden: Die WählerInnen müssen das Recht erhalten, über europäische Bürgerentscheide direkten Einfluss zu nehmen. Obligatorisch sollten Volksentscheide über EU-Grundlagenverträge und eine zukünftig mögliche EU-Verfassung werden. DIE LINKE hat die europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung des Wassers unterstützt. Wir unterstützen weiterhin aktiv parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen zur Re-Kommunalisierung

von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wie sind deshalb auch Teil der Initiativen gegen das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP).

Wir wollen auch, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen. Damit sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung einen Auslandsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU ausgebaut und gerade für finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden (Erasmus for All/YES Europe 2014–2020, das Comenius-Programm für Schulaustausch sowie für den berufsbildenden Austausch im Rahmen des Leonardo-da-Vinci-Programms, Kreatives Europa 2014–2020, Europa der Bürgerinnen und Bürger 2014–2020). Diese Programme müssen stärker für Interessierte mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen ausgelegt werden.

**Gabi Zimmer**, Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne, ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie ist Mitglied in der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU. Zudem ist Gabi Zimmer stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen auf Beschäftigungspolitik, Gleichstellungspolitik und Entwicklungspolitik.



**Kontakt:** [gabriele.zimmer@europarl.europa.eu](mailto:gabriele.zimmer@europarl.europa.eu)

**Weitere Informationen:** [www.gabi-zimmer.de](http://www.gabi-zimmer.de)

